

## RÜCKKEHR INS MITTELALTER?

Regionale, nationale und Minderheitensprachen in der Europäischen Union  
von Armel Wynants

Aus linguistischer Sicht könnte die Herausbildung eines Regionalismus, der die sprachliche Vielfalt berücksichtigt, tatsächlich eine Rückkehr zu Werten bedeuten, die im Mittelalter zu finden waren - zumindest auf den ersten Blick.

In Westeuropa ist das Ende des Mittelalters im wesentlichen durch die Errichtung der ersten Staatsnationen - England, Frankreich und Spanien - gekennzeichnet. Diese versuchten, der Gesamtheit ihres Territoriums eine einzige **offizielle Sprache** aufzuerlegen, die des Machtzentrums. In den Bereichen der Verwaltung, der Wissenschaften und der Kultur wurde in ganz Westeuropa lange Zeit Gebrauch von derselben **internationalen** Kultursprache gemacht, dem Latein. Die Volkssprachen erhielten keinerlei Beachtung. Das Mittelalter hingegen zeichnete sich durch eine große Gleichgültigkeit, und damit auch durch große (passive) Toleranz gegenüber den Vulgärsprachen aus.

Aber der Wille zur sprachlichen Vereinheitlichung von seiten der Staatsnationen fand zunächst keinen Niederschlag in der Praxis, da die Zentralmächte nicht die Mittel hatten, ihre Sprachenpolitik durchzusetzen. Das Überleben der **regionalen Sprachen** war somit niemals wirklich bedroht, erst in der heutigen Zeit - mit der Einführung der Schulpflicht, des Militärdienstes und durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel - ist diese Gefahr relevant geworden. Die nicht-offiziellen Sprachen erhielten erst im 19. Jahrhundert den Status von Minderheitensprachen.

Dieses ist in groben Zügen der historische und konzeptionelle Rahmen innerhalb dessen sich die Machtkämpfe zwischen den Sprachen abgespielt haben. Einige der eingangs erwähnten Begriffen müssen dabei näher betrachtet werden.

### Die Nation, der Staat, die Staatsnation

Einer der wohl vieldeutigsten Begriffe ist der der "Nation". Ursprünglich bezog sich die "Nation" auf die Geburt (Latein *nasci, natus*). Das Wort bezeichnete also alle Menschen mit gemeinsamen Vorfahren und entsprach ungefähr dem Wort "Volk", der "Rasse", oder - um eine zeitgemäßere Vokabel zu gebrauchen - der "ethnischen Gruppe". Ausgehend vom 18. Jahrhundert, und vor allem der französischen Revolution, bezeichnet die Nation "alle Bewohner desselben Staates, desselben Landes, die unter denselben Gesetzen leben, dieselbe Sprache sprechen, etc.". Diese Definition, 1798 von der Académie française herausgegeben, bezieht sich ausdrücklich auf den Staat und scheint das kulturelle Element als zweitrangig einzustufen. Sie fügt außerdem eine zweite Möglichkeit hinzu: "Als Nation bezeichnen sich auch die Bewohner einunddesselben Landes, die nicht unter denselben Gesetzen leben und Untertanen verschiedener Fürsten sind."

Tatsächlich gab die Académie so der Definition den Vorrang, die manchmal vereinfachend die "französische Definition" genannt wird. Diese bringt den willentlichen, subjektiven Ansatz zum Ausdruck, der später von Ernest Renan erläutert wurde und in der berühmten Formel zusammengefaßt wird: "Die Zugehörigkeit zu einer Nation ist ein täglicher Volksentscheid". Sie definiert das, was auch die politische oder **Staatsnation** genannt wird, im Gegensatz zur **Kulturnation**, die das deterministische und objektive Element hervorhebt (und welche manchmal die "deutsche Definition" genannt wird).

Wie ist die Unterschiedlichkeit dieser beiden Ansätze zu erklären? In Frankreich, England, Spanien oder den Niederlanden hatte sich der Staat **vor** der Nation gebildet. Ein Nationalgefühl konnte nur entstehen, indem objektive kulturelle Unterschiede verringert und das Element der freien Entscheidung hervorgehoben wurde. Hingegen dort, wo ein vereinigter Staat erst spät entstand (in Deutschland, aber auch in Italien, in Griechenland oder in Polen), lag es auf der Hand, diejenigen der schon bestehenden kulturellen Eigenschaften zu instrumentalisieren, die geeignet waren, ein Gruppengefühl zu erzeugen, das wiederum das Fundament des erträumten Staates bilden sollte. Unterschiede bestehen also lediglich in den Beweggründen, die eine Entscheidung für die Nation bestimmen. Auf der einen Seite sind sie eher politisch-ideologischer Natur (zum Beispiel die Entscheidung für eine demokratische, liberale und republikanische Gesellschaft, verkörpert durch das postrevolutionäre Frankreich); auf der anderen Seite sind die Beweggründe eher kultureller Natur (zum Beispiel die Sprache in Deutschland und in Italien, die Religion und die Sprache in Polen und auf dem Balkan).

Der Begriff des Staats hat eine semantische Verschiebung erfahren. Etymologisch gesehen haben "Staat" und "Status" eine gemeinsame Wurzel, welche die gesellschaftliche Klasse oder die berufliche Einordnung bezeichnete. Später bedeutete das Wort Staat die "Gesamtheit der politisch organisierten Menschen oder Gruppen von Menschen, die denselben politischen Organisationen und den gleichen Gesetze, von einundderselben Macht festgelegt, unterworfen sind." Diese Definition könnte fast wörtlich auf den Begriff der Nation, wie wir ihn oben beschrieben haben, angewandt werden. Staat und Nation haben sich also einander angeglichen (vgl. zum Beispiel die UNO (United Nations Organization), eine Bezeichnung, die die Vereinigung souveräner *Staaten* meint). Eine solche Angleichung ist völlig normal in einem Zusammenhang, in dem sich die meisten modernen Staaten tatsächlich bemühen, Staatsnationen zu werden, d.h. politische Einheiten, deren Mitglieder eine homogene Gruppe bilden, oder zu bilden ermutigt sind, welche sich als monolithische Gemeinschaft fühlt.

### **Staat, Nation und Sprache**

Um das Ziel einer Homogenisierung zu erreichen, muß sich die Staatsnation der uneingeschränkten Anhängerschaft aller ihrer Bürger versichern. Das führt dazu, alle Besonderheiten zu beseitigen, die im Verdacht stehen, den Zusammenhalt zu untergraben. Aus diesem Grund hatte die Staatsnation schon immer Probleme mit allen kulturellen Unterschieden, die unter ihren Bürgern zu finden waren.

Vor 1648 waren die kulturellen Unterschiede, die es auszumerzen galt, vor allem religiöser Natur. Um es auf Latein auszudrücken: das *cujus regio, eius religio* sollte die Verwirklichung des *cujus regio, eius natio* erlauben. Der Westfälische Friede bereitete dieser Art der Homogenisierung ein Ende, indem er das Prinzip der Religionsfreiheit einführte. In diesem Zusammenhang ist die Entstehung der *Kulturnation* auf neuer Grundlage in Deutschland zu betrachten. Im Laufe des dreißigjährigen Krieges hatte sich die Religion als Trennungsfaktor zwischen den Deutschen erwiesen. Diesem Element der Uneinigkeit mußte ein anderes kulturelles Element entgegengesetzt werden, welches von der Mehrzahl der Menschen geteilt würde und also geeignet wäre, die Einheit wiederherzustellen. Dieses neue Element war die Sprache. Seitdem ist die Sprache ein politischer Faktor ersten Ranges geworden, und nicht nur in Deutschland.

In Frankreich war es vor allem die Revolution, die das Interesse für das Phänomen der Sprache hervorbrachte, doch war diese neue Sicht von ganz anderen Beweggründen bestimmt. Die französische Sprache - die bereits zu der Zeit als elitäre, übernationale Sprache fungierte und an den meisten europäischen Höfen in Gebrauch war - fand sich plötzlich mit einer universal-emanzipatorischen Rolle ausgestattet. Sie wurde die Sprache des Proselytismus, welcher die neue Ideologie verbreiten sollte. Die anderen Sprachen, Idiome, Dialekte und Mundarten wurden dementsprechend als Instrumente der Reaktion und des Obskurantismus abgewertet. Als solche mußten sie bekämpft, bzw. ausgerottet werden, zumindest in der Theorie.

Unter diesen Umständen mußte das 19. Jahrhundert zwangsweise zum Jahrhundert der Auseinandersetzungen zwischen gegensätzlichen Sprachpolitiken werden. Letztendlich mündeten diese Auseinandersetzungen in den Zerfall großer multikultureller Imperien (wie das ottomanische und das österreichisch-ungarische Kaiserreich) und in der Entstehung einer Anzahl neuer Staaten, die zwar kulturell homogen sein wollten, es aber nicht waren. Das europäische Mosaik ist von einer derartigen Komplexität und seine kulturellen Komponenten greifen so ineinander über, daß es schon immer unmöglich war, homogene Einheiten zu schaffen - trotz der Anwendung massiver Mittel wie Deportationen und den Austausch von Bevölkerungen. So hat sich im Laufe der Zeit manch trauriges Schauspiel ereignet. Man sah - und sieht noch immer - wie neugegründete Staaten sich beeilen, ihren eigenen Minderheiten die diskriminierende Behandlung zukommen zu lassen, die sie selbst erlitten und bekämpft haben. Und das Prinzip des *cujus regio, eius lingua* bewirkte einen reaktionären Irredentismus bei den frustrierten Minderheiten oder Nationalitäten, die keine eigene Staatsnation bilden konnten.

So müssen wir feststellen, daß die linguistische Politik der mehrsprachigen Staaten in Theorie und Praxis die ganze Palette von größter Toleranz bis zu völliger Unterdrückung umfaßt. Eine offizielle Anerkennung aller Sprachen der Landesbürger auf dem gesamten Gebiet ist z.B. in Luxemburg und Irland zu erkennen. Die häufigste Form ist sicherlich die der zweigleisigen Anerkennung: eine Sprache ist auf dem ganzen Gebiet anerkannt, *zusätzlich* sind andere Sprachen in bestimmten Regionen zugelassen. Das trifft u. a. auf Spanien, Deutschland, Italien, die Niederlande und Großbritannien zu. In der Realität sind allerdings einige Sprachen "weniger gleich" als andere, selbst wenn sie theoretisch als "gleich" ausgewiesen sind. Das betrifft z.B. das Rätoromanische in der Schweiz, das Deutsche in Belgien). Terminologisch wird manchmal unterschieden, indem "offizielle Sprachen" den "nati-

onalen Sprachen" gegenübergestellt werden. Das negative Extrem bilden die Staaten, die jeglicher regionalen oder Minderheitensprache die Anerkennung verweigern, und die oft sogar die bloße Existenz sprachlicher Minderheiten bestreiten.

### **Europa, die Regionen, die Euregios**

Das Europa der Zwölf hat den Erhalt der kulturellen und sprachlichen Vielfalt auf seine Fahnen geschrieben. Es hat also das ganze Gegenteil der Staatsnation - wie sie bisher verstanden wurde - zum Ziel.

Dies bedeutet aber nicht, daß alle Sprachen des europäischen Territoriums offiziell anerkannt werden. Tatsächlich übernimmt Europa nur die Sprachen, die offiziell gebraucht und von den Mitgliedsstaaten *vorgeschlagen* werden (weshalb sogar das Irische und das Luxemburgische, die in ihren Ländern die offizielle Sprache darstellen, in der Europäischen Union nicht präsent sind. In Wirklichkeit repräsentieren die neuen Sprachen der Union nur einen kleinen Teil derjenigen Sprachen und Mundarten, die von den Europäern benutzt werden. Es wird geschätzt, daß von 340 Millionen Europäern ungefähr 50 Millionen eine regionale oder Minderheitensprache sprechen. Alles in allem sprechen die Europäer (ohne die Migranten zu zählen) um die 30 verschiedenen Sprachen, deren Status je nach Sprachpolitik verschieden ist.

Wir kommen nun zu einem heftig umstrittenen Thema: Kann es sich Europa leisten, die Zahl seiner offiziellen Sprachen zu erhöhen, sei es, indem regionale Sprachen miteinbezogen werden, sei es, daß in Zukunft die Sprachen der Staaten, die der Europäischen Union beitreten wollen, übernommen werden? Würde es nicht zunehmend schwieriger, wenn nicht unmöglich, einen solchen Turm zu Babel zu verwalten? Ohne in Details zu gehen, sollen einige unumgängliche Konstanten jeglicher europäischer Sprachpolitik kurz aufgezählt werden.

1. Europa ist weder Amerika noch Australien. Es ist kein Schmelztiegel und wird es niemals sein. Es ist vollkommen absurd anzunehmen, daß seine Bewohner eines Tages ihre eigene Sprache zugunsten einer einzigen gemeinsamen Sprache aufgeben werden. (Es ist auch illusorisch, sich die Übernahme einer künstlichen Sprache, wie dem Esperanto, vorzustellen.) Wichtig ist daher, das Problem aus der Perspektive der Gleichberechtigung anzugehen: ein System muß aufrechterhalten werden, das nicht bestimmte Bürger, oder deren Mandatsträger, benachteiligt oder ausgrenzt, weil sie keine Fremdsprachen beherrschen. Alle offiziellen Dokumente müssen also stets in sämtlichen von der Union anerkannten Sprachen veröffentlicht werden, und ebenso müssen diese Sprachen auch weiterhin in allen repräsentativen Debatten benutzt werden (z.B. im europäischen Parlament).

2. Schon jetzt hat sich eine pragmatische Haltung in einigen Organen durchgesetzt (z.B. in der Kommission, in ständigen Delegationen, etc.), die oft nur noch von zwei oder drei Arbeitssprachen Gebrauch macht.

3. Diese Arbeitssprachen sind im allgemeinen Französisch, Englisch und Deutsch. Es ist abzusehen, daß sich diese Reihenfolge in den kommenden Jahren verändern wird; das Englische wird dem Französischen sicherlich den Rang ablaufen.

"Regionen" und "Regionalismus" sind zu Sahnehäubchen auf dem europäischen Kuchengebilde geworden. Selbst was die Bezeichnung von Sprachen betrifft, ist auffällig, daß zumeist lieber von "regionalen Sprachen" als von "Minderheitensprachen" oder "nationalen Sprachen" gesprochen wird. Oft handelt es sich um einen Euphemismus oder einen Tarnungsversuch. Tatsächlich beschwört "Minderheitensprache" Vorstellungen von Minorisierung und Unterdrückung herauf und "Nationalsprache" könnte andeuten, daß die Sprecher dieser Sprache sich als besondere Nation sehen und eventuell auf dieser Basis nationalistische, autonomistische, separatistische oder irredentistische Absichten hegen.

Was den Regionalismus betrifft, sollte man nicht vergessen, daß ein *-ismus* andere verstecken kann.

Nehmen wir das Beispiel Frankreich. Die kulturellen und sprachlichen Minderheiten werfen dem französischen Staat vor, bei der Errichtung seiner Regionen darauf geachtet zu haben, sie nicht mit den Grenzen der Gebiete zusammenfallen zu lassen, die von sprachlichen Minderheiten bewohnt werden (z.B. umfaßt die Region der Bretagne auch das "pays gallo", das Baskenland verliert sich in der riesigen Region Aquitanien, ebenso wie das französische Flandern in der Region Nord-Pas de Calais,

etc.) Der auf französische Art praktizierte Regionalismus hätte also dazu geführt, die zentrifugalen Kräfte zu entschärfen, indem er eine gewisse Dezentralisation gewährte, doch gleichzeitig hätte er versucht, die Interessen der französischen Staatsnation zu wahren. Unter dem Deckmantel des Regionalismus, handele es sich hierbei also vor allem um klassischen franco-französischen Nationalismus.

Und Europa? Trotz einiger Reden zugunsten eines Europas der Regionen, muß klargestellt werden, daß die Europäische Union eine Konföderation von Staaten ist. Deshalb ist es, im Rahmen des vom Maastrichter Vertrag eingerichteten Komitees der Regionen, Sache der Mitgliedsstaaten zu entscheiden, welche territorialen Einheiten als Regionen dort vertreten sein sollen. Somit ist es wenig wahrscheinlich, daß sich grenzüberschreitende Regionen bilden werden. Dieses offizielle Europa der Regionen wird also unter Umständen den verschiedenen irredentistischen Bewegungen keine Genugtuung verschaffen, die davon träumen, mit Hilfe Europas, kulturell homogene Regionen jenseits der von der Geschichte geerbten Staatsgrenzen wiederherzustellen. Zum Beispiel: der spanische Staat kann die autonomen Kommunen von Catalunya und Euskadi dazu bestimmen, im Komitee vertreten zu sein, doch würden sie nicht die französische Catalogne oder das nördliche Baskenland mit beinhalten (diese würden sicherlich in wesentlich größere, von Frankreich bestimmte Regionen übergehen). Es ist offenbar, daß mit einer solchen Praxis Europa auf Nummer sicher geht. Es weiß sehr wohl, daß eine Infragestellung der bestehenden Grenzen zugunsten der Konstituierung homogener *Kulturnationen* auch heute noch die Gefahr unkontrollierbarer und blutiger Konflikte in sich birgt. Das Beispiel Jugoslawien beweist auf tragische Weise den guten Grund solcher Befürchtungen.

Ein nach kulturellen Nationen neu entworfenes Europa bleibt demnach ein absolutes Tabu. Was ist also von dem "Europa der Kulturen" zu halten, das momentan Rückenwind zu haben scheint? Das Ziel der Urheber dieser Bewegung ist die Garantie kultureller Vielfalt und insbesondere der Schutz der "kleinen Kulturen" vor der nivellierenden Dampfwalze des zentralistischen Bürokratismus. Doch das Konzept erweckt einige Beunruhigung. Es ist zu befürchten, daß die Bewegung von ultranationalistischen Elementen beansprucht werden könnte, die sich ihrer bedienen, um, verdeckt, ihr irredentistisches Ziel zu verfolgen: die unmittelbare Verwirklichung eines Europas der kulturellen Nationalismen.

Das Konzept der **Euregios** selbst kann gewiß nicht verdächtigt werden, solcherart perverse Vorhaben zu decken. Gerade die Euregio Maas-Rhein ist ein Projekt, das eine grenzüberschreitende Vereinigung auf ausdrücklich multikultureller und mehrsprachiger Basis ausarbeitet. Sie ist also das Gegenteil jeglichen Irredentismus, egal ob von politischer oder kultureller Nostalgie inspiriert. Seit mehr als zehn Jahrhunderten haben die verschiedenen Komponenten der Euregio Maas-Rhein kein gemeinsames Schicksal mehr gehabt, weder auf sprachlicher, noch auf politischer Ebene (außer in den Jahren 1795-1815).

Unter diesem Aspekt hat der Euregionalismus nichts von einer rückwärtsgewandten Bewegung. Und eine Bejahung der anfangs gestellten Frage - ist ein multikultureller und mehrsprachiger Regionalismus eine Rückkehr zu den Werten des Mittelalters? - ist also sicherlich nicht angebracht. Wenn es so ist, daß sich das Mittelalter durch große Gleichgültigkeit gegenüber der sprachlichen Vielfalt kennzeichnete, so war die mittelalterliche Gesellschaft deshalb nicht minder intolerant und "homogenisierend". Tatsächlich hatten die mittelalterlichen, zentralisierenden Mächte keine sprachliche Einheit nötig, um ihren Zusammenhalt zu stützen, da sie über ein anderes, genauso mächtiges Instrument verfügten, den religiösen Monolithismus. Fern davon, eine Rückkehr zum Mittelalter zu verkörpern, zeugt eine Initiative, die vorbehaltlos die kulturelle Vielfalt in jeglicher Hinsicht respektiert, von einer höchst modernen Haltung. In diesen Zeiten, wo hier und dort die Dämonen der Unterdrückung und der ethnischen Reinigung wieder auferstehen, schätze ich ein, daß es sogar unpassend wäre, dem 20. Jahrhundert die Urheberschaft des multikulturellen Ideals zuzuschreiben. Nein, ein Projekt echter multikultureller Zusammenarbeit, wie es von Euregios verkörpert wird, entspricht viel eher einer Herausforderung, die für das 21. Jahrhundert entscheidend sein wird.

*Der Autor*

Prof. Armel Wynants lebt in Lüttich, Belgien. Er lehrt Niederländisch als Fachsprache und in Übersetzungswissenschaften.

Nebenstehender Beitrag steht im Kontext mit den Artikeln im **Heft 16** der "Via Regia" zum Thema "Europäische Kultur und regionales Bewußtsein"

Der Beitrag wurde von Ulrike Enders übersetzt.

Erschienen in:

**VIA REGIA** – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 17/ 1994,*  
*herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen*

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>